Die unsoziale AfD

von Hasso Rosenthal

Die AfD wirbt für sich als "Alternative für Deutschland". Sie behauptet danach, sie würde eine "bessere" Politik vertreten. Alternative heißt ja, es würde eine Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten angeboten. Sehen wir uns an, was sie programmatisch anbieten: Erschreckend ist, dass eine Gliederung wie die AfD überwiegend im Bereich der sozial Schwachen ihre Wähler findet. Dabei sind ihre Forderungen extrem unsozial. So will die AfD Sachsen die Arbeitslosenversicherung privatisieren, die Steuern für Reiche senken. Sie will den Euro abschaffen, Flüchtlingen in ihrer Not nicht helfen und spricht sich gegen Klimaschutz aus. Den Arbeitgeberanteil bei der Arbeitslosenversicherung will die AfD abschaffen. Das Solidarprinzip würde nach ihren Forderungen abgeschafft. Der Sozialstaat geriete in eine erhebliche Schieflage. Arbeitslose oder Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen müssten höhere Beiträge zahlen. Die gesetzliche Unfallversicherung am Arbeitsplatz, seit Bismarck 1884 nach Forderungen der Arbeiterbewegung Pflicht der Arbeitgeber will die AfD beseitigen. Die Arbeitnehmer sollen sich privat versichern.

Die AfD ist aber nicht nur arbeitnehmerfeindlich. Sie will auch die für Gemeinden so wichtige Gewerbesteuer abschaffen. Die öffentliche Finanzierungsnot im Kommunalbereich würde damit noch größer werden. Wovon soll denn eine Gemeinde dann Kindergärten, Grundschulen, Straßenbau, Feuerwehr oder Sportplätze finanzieren? Die AfD ist programmatisch unsolidarisch. Wichtige Säulen der Sozialversicherung will sie privatisieren, die "Staatsfinanzen entsolidarisieren". Dafür will sie Steuern für Reiche senken. Die Freiheit der AfD meint Freiheit für wenige Reiche und größere Armut für die Notleidenden. Sie will die grundgesetzlich garantierte Glaubensfreiheit einschränken und die Freiheit des öffentlichrechtlichen Rundfunks beschneiden. Langzeitarbeitslose will sie zwangsweise mit Mindestlohn beschäftigen, Frauen will sie zurück an den häuslichen Herd zwingen. Die AfD "bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild". Sie ist infolgedessen gegen eine "staatliche Finanzierung (von) Alleinerziehenden". Alleinstehende Mütter und Väter würden dann schlechter dastehen. Die AfD will das Solidarprinzip abschaffen. In vielen Bereichen steht sie für ein Gesellschaftsbild, gegen das Gewerkschaften und Arbeiterbewegung seit über 100 7 Jahren mit vielen Opfern z.B. in der NS-Zeit ankämpfen.

(Quelle: "So unsozial ist die AfD" Spiegel Online; 14. 3. 2016 von Philipp Seibt)

Über den Autor

Hasso Rosenthal ist Vorsitzender des OV Rheiderland der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Pressesprecher der Ostfriesischen Hochschultage der GEW und schreibt regelmäßig für das Magazin Auswege.

Kontakt:

HaRosenthal@t-online.de

Web: www.gew-rheiderland.homepage.t-online.de/gew-ov.htm

AUSWEGE - Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht www.magazin-auswege.de antwort.auswege@gmail.com